

Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Hauptstadt, Säch. Staatskanzlei, Dresden,
Kauf der Arbeiter, Kassenstellen
und Beamten, K.-O., Dresden,
Gelehrter Armialth., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Zeitungen verschiedener Art, so wie auch über ohne Inhalt können, bei der Ausgabe der Dresdener Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Preisgeldes über auf Rückzahlung der Zeitung.

Die in der Zeitung veröffentlichten Nachrichten über den Verlauf der Wirtschaftskrise in Amerika sind ausschließlich aus den Berichten der amerikanischen Presse entnommen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Nachrichten in einzelnen Punkten von der tatsächlichen Lage abweichen können.

Schriftleitung: Göttinger Platz 10, Dresden, Nr. 1208. **Verlag:** Raben & Comp., Dresden, Nr. 1208. **Druck:** Raben & Comp., Dresden, Nr. 1208.

Abonnementpreise: 12 Monate 12,- M., 6 Monate 6,- M., 3 Monate 3,- M. (alle Preise einschließlich Porto). Einzelhefte 1,- M.

22 Dresden, Dienstag, den 27. Januar 1931 42. Jahrgang

Wirtschaftskrise überwunden?

Amerikas Botschafter über Wirtschaftskrise

Während bei der Eröffnung einer neuer Zweigstelle der Handelskammer in Berlin der Botschafter der Vereinigten Staaten, Sackett, eine Rede, in der er ausführlich die Wirtschaftskrise zu sprechen kam: Die Interessen und Deutschlands bewegen sich in vieler Hinsicht in der gleichen Richtung. Jeder Wohlstand und jeder Fortschritt ist schließlich nach Amerika blickt, um den ersten und schließlich nach Amerika zu blicken. Es besteht kein Zweifel, dass die Wirtschaftskrise heute zerissen und zugehen Tiefpunkt angekommen ist.

Sackett teilt es nicht an Angehörigen und Verbänden, dass es wieder eine bessere Zeit bevorsteht.

Langandauernde Depression wird in der Geschichte als Beispiel von 1907 betrachtet werden. Denn in dem Zeitraum von ihrem höchsten Niveau im Juli 1929 im vorigen Jahr ist im Anfang 1916 spiegeln sich die wesentlichen Merkmale wieder, das Leben zu zeigen ist. Die Entwicklung der industriellen Produktion der Vereinigten Staaten hat die gleiche Richtung in Deutschland, England und Amerika. Der Botschafter betonte dann im besonderen die amerikanischen Verhältnisse, den Ausmaß im Wert der Landwirtschaft, die Vernichtung der Kaufkraft eines Prozents der Kaufkraft. Seit Anfang dieses Jahres sind jedoch keine Veränderungen festzustellen, die erkennen lassen, dass die Kaufkraft überwinden und der tiefste Punkt erreicht ist.

Wirtschaftskrise in der Welt, das Ergebnis einer Krise, die in früheren Depressionsperioden unübertroffen wurde, das Ausmaß der Krise, die in der Welt zu sehen ist, die Sicherung der Anzeichen einer Krise unvermeidbar. Als solche führte der Botschafter zu den Ursachen für langfristige Anzeichen an, ferner die in der Welt zu sehen ist, die Sicherung der Anzeichen einer Krise unvermeidbar. Als solche führte der Botschafter zu den Ursachen für langfristige Anzeichen an, ferner die in der Welt zu sehen ist, die Sicherung der Anzeichen einer Krise unvermeidbar.

Der Rede des Herrn Sackett spricht ein bemerkenswerter Optimismus, und man kann nur wünschen, dass die von dem amerikanischen Botschafter recht bald eintrifft. Sackett hat in erster Reihe von den amerikanischen Verhältnissen gesprochen, und den Amerikanern, die in der Welt zu sehen ist, die Sicherung der Anzeichen einer Krise unvermeidbar. Als solche führte der Botschafter zu den Ursachen für langfristige Anzeichen an, ferner die in der Welt zu sehen ist, die Sicherung der Anzeichen einer Krise unvermeidbar.

Trotz der schweren Krise gilt doch das Wort: Amerika, du hast es besser. In den Vereinigten Staaten konnte der Bankrott auf 2 Prozent heruntergesetzt werden, während in Deutschland im Herbst des vergangenen Jahres die Reichsbank ihren Diskont von 4 Prozent auf 5 Prozent heraufsetzen musste und sich trotz der Diskontherabsetzung in anderen Ländern, besonders in Frankreich und in den Vereinigten Staaten, noch nicht dazu entschließen konnte, mit ihrem Diskont wieder herabzugehen. Nach allen früheren Erfahrungen ist das starke Sinken des Zinsfußes für kurzfristiges Geld allerdings ein Vorbote des kommenden Wiederaufstieges, auf den besonders dann zu rechnen ist, wenn nicht nur kurzfristiges, sondern auch langfristiges Kapital billig zu haben ist. Die Verbilligung von langfristigen Kredit tritt gewöhnlich dann ein, wenn weite Kreise sich die Hoffnung auf eine Besserung der Wirtschaftslage zu eigen machen. So kann der Optimismus, wenn er einen größeren Teil der Kapitalisten ergreift, zu einer der wesentlichsten Ursachen der Besserung der Wirtschaftslage werden.

Auch in Deutschland konnten wir im Laufe des Jahres 1930 eine erhebliche Senkung des Zinsfußes für langfristige Kredite beobachten, und es schien so, als wenn diese Entwicklung auch auf den Kapitalmarkt, den Markt für langfristige Kredite, übergriffe. Unsere Sparkassenbanken begannen damit, an Stelle der bis dahin üblichen Sparrenten, Wandbriefe zu 7 Prozent auf den Markt zu bringen. Durch den Ausfall der Reichstagswahl und die dann folgende gewaltige Kapitalflucht ist aber die Entwicklung unterbrochen worden, und vorläufig sind wir noch nicht wieder dort angelangt, wo wir vor den Reichstagswahlen waren.

Eine Besserung der Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten würde zweifellos nicht ohne Auswirkung auf die deutsche Wirtschaft bleiben. Ich denke deshalb, weil dann auch viele Menschen in Deutschland der Zukunft mit besseren Hoffnungen entgegensehen würden. Damit ist aber nicht gesagt, dass ein wirtschaftlicher Aufstieg in Amerika auch schon einen wirtschaftlichen Aufstieg in Deutschland bedeutet. Die amerikanische, mit Kapital so reichlich ausgestattete Wirtschaft hat nicht soviel Schwierigkeiten zu überwinden, wie die deutsche Volkswirtschaft.

Vor allem aber müsste mit der unsinnigen Politik des Lohnabbaues in Deutschland endlich Schluss gemacht werden. Die eben erst bedrückten Arbeiter über die Zunahme der deutschen Arbeitslosigkeit sprechen sicher nicht dafür, dass die Verminderung der Selbstkosten durch Lohnkürzung, die unsere Unternehmer so lebhaft fordern, zu einer Milderung der Wirtschaftskrise führen könnte. Vielmehr bestätigt die gegenwärtige Entwicklung die Richtigkeit der Auffassung, dass der Lohnabbau die Krankheit unserer Wirtschaft nur verschlimmert, weil er es unmöglich macht, dass der Abbau von Gütern des Massenverbrauchs in der notwendigen Weise gesteigert wird.

Parlament

Wird der Reichstag arbeiten können?

VON HERMANN FLEISSNER, M. D. R.

Nach einer langen Pause von sieben Wochen tritt der Reichstag am 3. Februar wieder zusammen. Er wurde am 11. September gewählt, am 13. Oktober zur ersten Sitzung berufen, bald danach, am 19. Oktober, folgte eine Unterbrechung von vierzehn Tagen am 12. Dezember ging das Parlament bis zum 3. Februar in die Ferien. Hierbei hat der Reichstag während seines Bestehens nur vierzehn Sitzungen abgehalten. Wie üblich haben außerdem einige Ausschüsse gearbeitet. Besonders der Haushaltsausschuss ist jetzt in voller Tätigkeit.

Der Zustand der gegenwärtigen Arbeitsweise des Reichstages ist ganz ungewöhnlich. Das dauernde Krisenhafte der innerpolitischen Lage spiegelt sich in diesen Verhältnissen. Und niemand kann wissen, ob vom 3. Februar an eine einigermaßen normale parlamentarische Tätigkeit möglich sein wird. Schon würde man, um sie zu erreichen, ermitteln von dem Blau die Geschäftsordnung entsprechend zu ändern. Ein Mittel könnte auch das nicht sein. Zu erwarten wäre vielleicht, dass es doch etwas erzieherisch wirkt. Es ist ein trauriges Zeichen unserer Zeit, dass der unerhörte Mißbrauch weitgehender politischer Freiheiten durch disziplinlose, wild drauflos wirtschaftende Parteigruppen mehr und mehr zur Anwendung historischer Mittel führt. Die deutsche Sozialdemokratie ist eine alte, in jedem Augenblick gewordene Partei, die das Schwerkot an politischer Reaktion durchgemacht hatte. Aber sie hat sie sich zu derart rundenmäßigen Ausschreitungen hinreißend lassen, wie sie jetzt als eine außerordentlich schlimmer Art alltäglich geworden sind. Der Kampf wurde mit geistigen Waffen geführt, ganz besonders, soweit er im Parlament ausgetragen war. Damit überwand die Sozialdemokratische Partei einen Viemacht mit samt seinem überlieferten Unterdrückungssystem, der ihr mit einem niederrücklichen Ausnahmegesetz den Garaus zu machen gedachte. Die laichliche Schwärze des Kampfes kam unter dieser Methode nie zu kurz, im Gegenteil, sie trat bedeutender und wirksamer in Erscheinung, als in einem Wortkampf, der nur in bloßen Schimpfereien sich löst und die ganze Weisheit derer, die so „kämpfen“, erkennen läßt.

Die nächste dringlichste und wichtigste Arbeit, die der Reichstag zu schaffen hat, ist die Fertigstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1931/32. Wird er sie bewältigen? Schon steigen Zweifel auf. Salbathlich wurde die Verantwortlichkeit bereits darauf vorbereitet, daß auch in diesem Falle die Diskriminierung des Artikels 18 berechtigt. Die Annahme des Etats scheint nicht sicher, wenn die größte Fraktion, die sozialdemokratische, für ihn stimmt. Wird das möglich sein? Das ist die entscheidende Frage! Sie ist zur Zeit weder mit Ja, noch mit Nein zu beantworten. Man muß abwarten, welche Gestalt er nach den Beschlüssen des Ausschusses erhalten wird. Was wird man der sozialdemokratischen Fraktion von bürgerlicher Seite zuzimmern? „Giltzähne“ gibt es genug in der Regierungsvorlage. Aber alles hat eine Grenze. Wo sie liegt und wie sie beschaffen ist, bleibt abzuwarten. Viel Hoffnung, daß sie erträglich für uns wird, besteht allerdings nicht. Dazu kommt, daß die Deutsche Volkspartei offenbar der eigenen Regierung ein Verstehen will, wenn diese Fraktion bei ihrem Beschlusse bleibt, daß die Ausgaben mechanisch um weitere 300 Millionen Mark gesenkt werden sollen. Wie und wo das gemacht werden soll, wurde bisher nicht verraten.

Eine Kommission bei der Entscheidung über den Etat besteht heute nicht mehr. Am alten monarchischen Staat war das für die politischen Parteien, besonders die oppositionellen, die einzige Möglichkeit, einer Regierung durch Ablehnung das

Der unsoziale Gehaltsabzug

Demokratie fordert Verbesserungen

D. Berlin, 26. Januar. (Fig. Bericht) Die Wahl für den Reichshaushalt befand sich mit einem sozialdemokratischen Interimskomitee, nach dem der in der Notverordnung vom 1. Dezember vorgesehene starke Abzug von 30 Prozent bei allen Beamtengehältern durch sozialen Rücksichten vorgegebene Staffeln von 10 bis 20 Prozent begrenzt werden soll. Die Sozialdemokraten (Soz.) begründete den Antrag, auf diesen eine Mäßigung der Gehälter in der Weise vorzunehmen, daß die unteren Gruppen entlastet werden, während die höheren Gruppen durch die höhere Verzinsung der höheren Gruppen entlastet werden soll.

Die Sozialdemokraten (Soz.) wandte sich gegen die mehrfache Erhöhung der Beamtengehälter auf die Gehälter der oberen Gruppen, die im Laufe der letzten Jahre stattgefunden hat. Die Notverordnung vom 1. Dezember vorgesehene starke Abzug von 30 Prozent bei allen Beamtengehältern durch sozialen Rücksichten vorgegebene Staffeln von 10 bis 20 Prozent begrenzt werden soll. Die Sozialdemokraten (Soz.) begründete den Antrag, auf diesen eine Mäßigung der Gehälter in der Weise vorzunehmen, daß die unteren Gruppen entlastet werden, während die höheren Gruppen durch die höhere Verzinsung der höheren Gruppen entlastet werden soll.

einzelne Unternehmungen ohne Rücksicht auf die bestehenden allgemeinen Industriestände der Gehaltsabzug gestündigt worden sei. In einer sozialdemokratischen Entschließung wurde das Reichsfinanzministerium daher aufgefordert, diese verhängnisvollen Tarifänderungen, wie sie zum Beispiel die Elektrizitätswirtschaft vorgenommen habe, rückgängig zu machen. Der Stimmvorbehalt für Versorgungsämter, der in der Notverordnung auf die gesamte Sozialversicherung ausgedehnt worden sei, müsse die Erwerbslosigkeit der Angestellten weiter vermehren und bringe einen unersättlichen Eingriff in die Selbstverwaltung.

Die ganzen Bestimmungen der Notverordnung wirkten wie ein Ausnahmeerlass gegen die Angestellten.

Durch die sozialdemokratischen Entwürfe sollten die notwendigen sozialen Korrekturen vorgenommen werden. Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, daß man im Reichsfinanzministerium alle Varianten, auch die Staffeln, durchgeprüft habe. Man sei aber immer gescheitert, weil die größte Zahl der Beamten in den unteren und mittleren Gruppen sich befindet. Auch die Notverordnung vorgesehene Mäßigung der Gehälter, die in der Notverordnung für das Reich von 30 Millionen Mark, bei der Volk von 22 Millionen Mark, bei der Reichsbahn von 22 Millionen Mark, zusammen also 207 Millionen Mark. Die Durchführung des sozialdemokratischen Antrags würde eine Ersparnis bringen für das Reich von 67 Millionen Mark, für die Post von 44,5 Millionen Mark, für die Reichsbahn

von 60 Millionen Mark, im ganzen also 161,5 Millionen Mark, das heißt gegen die Notverordnung um 15,5 Millionen Mark weniger. Der entsprechende Ausfall bei den Ländern und Gemeinden würde schätzungsweise 65 Millionen Mark von insgesamt 270 Millionen Mark ausmachen. Das Endergebnis würde also sein, daß bei Annahme des sozialdemokratischen Antrags von den insgesamt 477 Millionen Mark 100 Millionen Mark weniger aufkommen würden. Er bitte dringend, keine Rücksicht zu fassen, die den Ertrag derartig beeinträchtigen. Es sei auch unbillig, daß die Löhne der Arbeiter um 6 Prozent gekürzt würden und der Beamte, der doch niemals arbeitslos werden könne, einen geringeren Gehaltsabzug erhalte.

Nachdem die Vertreter der anderen Fraktionen teils unstimmen, teils, wie die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, sich ablehnend geäußert hatten, wurden die Anträge zur Weiterberatung an den händigen Untersuchungsausschuss überwiesen.